

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern sind uns FREIEN WÄHLERN eine Herzensangelegenheit. **Um die ländlichen Regionen im Freistaat nachhaltig zu stärken**, haben wir diese Woche ein Paket aus 23 Einzelanträgen in den Bayerischen Landtag eingereicht. Denn wie der Abschlussbericht der Enquête-Kommission vom Dienstag zeigt, driften Bayerns starke und schwache Gebiete nach wie vor weit auseinander. Als kommunalpolitisch verwurzelte Kraft wissen wir FREIEN WÄHLER, dass es um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Freistaat schlecht bestellt ist.



Dr. Karl Vetter, MdB
gesundheitspolitischer Sprecher

Angefangen beim Glasfaserausbau über den ÖPNV bis hin zur medizinischen Versorgung auf dem Land gibt es zahlreiche Baustellen, die sich jahrzehntelang angehäuft haben. Mit unseren Anträgen wollen wir diese Missstände angehen und fordern unter anderem, die Stilllegung von Bahnstrecken zu stoppen, ÖPNV-Zuweisungen aufzustocken und Glasfaserkabel in jedes Haus zu legen. Auch Familien und Kinder haben wir im Blick: So wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, pflegende Angehörige stärker entlasten und die digitale Bildung an Grundschulen ausbauen.

Wichtig ist uns auch, die ländlichen Gemeinden zu stärken. So sollen kulturelle Angebote wie Musikschulen und öffentliche Büchereien stärker bezuschusst und der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund sukzessive auf 15 Prozent erhöht werden. Um den Begriff der Gleichwertigkeit mess- und damit auch sichtbar zu machen, haben wir uns außerdem für die Entwicklung eines Indikatorensystems ausgesprochen. Damit sollen Problemlagen künftig schneller erkannt und effizienter bearbeitet werden – von der Arztinfrastruktur, über die Entfernung zu Schulen bis zum Angebot an Kita-Plätzen. Das Besondere an diesem System ist, dass die insgesamt 43 Indikatoren von Region zu Region unterschiedlich gewichtet werden können. Dadurch laufen wir nicht Gefahr, mit einem starren System arbeiten zu müssen. Mithilfe eines derartigen „Frühwarnsystems“ kann ein entscheidender Schritt in Richtung gleichwertiger Lebensverhältnisse gemacht werden.

R ü c k b l i c k

„**Familie, Bürger, Kommune: Verantwortung beginnt vor Ort**“ – so lautete das Motto unseres Neujahrsempfangs vergangenen Freitag im Bayerischen Landtag. Sage und schreibe 650 Gäste aus ganz Deutschland waren in das Maximilianeum gekommen, um unseren engagierten Rednern Hubert Aiwanger und Florian Streibl zuzuhören. Eines wurde schnell deutlich: Wir FREIEN WÄHLER haben die richtigen Ideen, um Bayern weiter voranzubringen. Hierzu zählen wir die Abschaffung der Studiengebühren, eine Rückkehr zum G9, die Verankerung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bayerischen Verfassung – und mit unserer Initiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge konnten wir die CSU gerade erneut zu einer politischen 180-Grad-Wende zwingen. Auch die Stärkung der Inneren Sicherheit, der flächendeckende Ausbau von Breitband und Mobilfunk im Freistaat sowie eine zügige Digitalisierung des bayerischen Bildungssystems sind Themen, die wir auf die Tagesordnung der Landespolitik gesetzt haben. Wir haben aus der Opposition heraus mehr erreicht als die FDP in fünf Jahren Koalition mit der CSU. Was mag erst kommen, wenn wir FREIEN WÄHLER in Bayern mitregieren?

Die Erfassung der Ultrafeinstaubbelastung an amtlichen Messstellen in Bayern – das forderten wir am Donnerstag mit unserem Antrag „**Strategie für Ultrafeinstaub-Monitoring beim Luftverkehr entwickeln**“ im Landtag. Doch die CSU-Mehrheit im Umweltausschuss stimmte gegen das Monitoring-Konzept. Die Christsozialen verschließen völlig die Augen vor diesem immer drängenderen Umweltproblem, denn es ist sogar gut möglich, dass Ultrafeinstaub noch belastender ist als übermäßiger Lärm. Gerade deshalb wäre es so wichtig, dass Bayern bei der Erforschung des Umweltgiftes eine Vorreiterrolle spielt. Voraussetzung dafür wären medizinische Studien zur Langzeitwirkung – dafür fehlt jedoch die Datengrundlage. Nach Ansicht der FREIEN WÄHLER sollten Messungen in der Umgebung von Flughäfen Bestandteil der Monitoring-Strategie sein. Internationale Studien zeigen, dass Flughäfen Brennpunkte der Ultrafeinstaub-Belastung sind. Aber auch das interessiert die CSU nicht, sonst hätte sie unserem Antrag zugestimmt und würde sich nicht weiterhin für den Bau einer dritten Startbahn am Flughafen München stark machen.

Auf die steigenden Schülerzahlen reagiert das Kultusministerium im laufenden Schuljahr mit über 4.300 neuen Lehrkräften, davon 1.700 für die Grundschulen. Wir FREIE WÄHLER sind froh, dass das Kultusministerium endlich das Problem des **Personalmangels bei Lehrkräften** erkannt hat.

Allerdings scheint dieses Vorhaben völlig ungeeignet, um den Missstand zu beseitigen. Mit der Entscheidung, für arbeitslose Realschul- und Gymnasiallehrkräfte einen finanziellen Anreiz zu schaffen, wenn sie sich an einer Grund- oder Mittelschule weiterqualifizieren, wird de facto eine Zweiklassengesellschaft bei Mittelschul- und Gymnasiallehrern eingeführt. Es kann nicht sein, dass die gleiche Tätigkeit unterschiedlich bezahlt wird. Das Kultusministerium will mit der kurzfristigen Maßnahme nur sein schlechtes Personalmanagement kaschieren, anstelle endlich langfristig und mit Umsicht zu planen.

Union und SPD haben sich im Rahmen der GroKo-Verhandlungen bei der Pflege geeinigt. Doch es ist aberwitzig, wenn CSU, CDU und SPD glauben, die Misere bundesweit mit **lediglich 8.000 zusätzlichen Pflegekräften** beenden zu können. Seit Jahren ist der Pflegenotstand bekannt und längst in jeder Einrichtung spürbar. Ein Soforthilfeprogramm ist dringend notwendig – und wurde auch von uns FREIEN WÄHLERN bereits gefordert. Rein rechnerisch würden auf Bayern etwa 500 zusätzliche Stellen entfallen – das ist nichts weiter als ein Tropfen auf dem heißen Stein bei derzeit über 100.000 Pflegekräften im Freistaat. Der hanebüchene Vorschlag scheitert auch an seiner Umsetzbarkeit: Ausgebildete Pflegekräfte stehen in dieser Anzahl überhaupt nicht zur Verfügung, sondern müssten erst in einer dreijährigen Ausbildung zum Pflegeberuf befähigt werden. Wir FREIE WÄHLER fordern seit Jahren, die Situation in der Pflege zu verbessern – doch die CSU schmettert unsere Anträge mit schöner Regelmäßigkeit ab. Jetzt steht sie vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Politik – und glaubt, mit einem Handfeger für Ordnung sorgen zu können.

Smartphones sind mittlerweile fester Bestandteil unseres Alltags. Doch sie sind nicht überall erlaubt: An bayerischen Schulen sind Mobiltelefone bisher gesetzlich verboten, Ausnahmen gibt es nur in Einzelfällen. Das könnte sich bald ändern. Wir FREIE WÄHLER befürworten das Einlenken der CSU-Landtagsfraktion: Dass eine **Smartphone-Nutzung an Schulen** nicht völlig unkontrolliert funktionieren wird und man nicht alles im Schulalltag digitalisieren darf, erklärt sich von selbst. Gleichzeitig sollte dies jedoch nicht immer wieder als Ausrede dafür benutzt werden, um hinsichtlich des digitalen Wandels an den Schulen gar nichts zu unternehmen. Denn sich allem zu verschließen und Smartphones aus dem schulischen Leben zu verbannen, steht in völligem Widerspruch zur heutigen Lebenswirklichkeit, die nicht nur Schülerinnen und Schüler, sondern auch jeden Erwachsenen umgibt.

Der **Bericht des Sozialministeriums zum Stand des Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen** ist für uns FREIE WÄHLER der blanke Hohn. Denn mehr als einen langgezogenen Zeitplan ohne Inhaltsbeschreibung hat das Ministerium nicht geschafft. Jeder Mensch, egal welchen Geschlechts, hat in der Verfassung ein verbrieftes Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit. Jedes Jahr aber werden 140.000 Frauen in Bayern Opfer von sexueller und körperlicher Gewalt. Jährlich können etwa 1.500 Frauen in Frauenhäusern aufgenommen werden – aber genauso viele werden aus Mangel an freien Plätzen abgewiesen. Wir brauchen unbedingt eine rasche Stärkung und Verbesserung des Hilfesystems für Frauen – und dazu ist ein Gesamtkonzept notwendig. Doch die Staatsregierung spielt weiter auf Zeit und somit im wahrsten Sinne des Wortes auch mit dem Leben und der Gesundheit bedrohter Frauen und ihrer Kinder.

Impressum

**Abgeordnetenbüro Dr. Karl Vetter
Altenstadter Straße 1
93413 Cham**

Tel.:09971/85510

E-Mail: presse@dr-karl-vetter.de